

Ressort: News

Schönheits-OPs bei Jugendlichen sollen verboten werden

Berlin, 02.12.2013, 01:00 Uhr

GDN - Schönheits-Operationen bei Minderjährigen ohne medizinischen Grund sollen nach dem Willen von Union und SPD verboten werden. Nach Informationen der "Frankfurter Rundschau" (Montagausgabe) haben sich beide Seiten bei ihren Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt, ein entsprechendes Verbot in dem für das nächste Jahr geplanten Präventionsgesetz zu verankern.

Das Vorhaben taucht in dem am vergangenen Mittwoch unterschriebenen Koalitionsvertrag zwar nicht explizit auf. Das Verbot wurde jedoch von den Gesundheitspolitikern informell vereinbart, als es um die Inhalte des Präventionsgesetzes ging. Nach früheren Angaben der Union werden rund zehn Prozent aller kosmetischen Eingriffe an unter 20-Jährigen durchgeführt. Bisher reicht in Deutschland selbst für weitreichende Eingriffe wie Brust-OPs oder Fettabsaugen bei Minderjährigen die Zustimmung der Erziehungsberechtigten. Ein medizinischer Grund für eine Schönheits-OP liegt zum Beispiel vor, wenn die Betroffenen auf Grund ihres Aussehens massive seelische Probleme haben. Begründet wären plastisch-chirurgische Eingriffe des Weiteren zur Korrektur von Fehlbildungen der Hand oder bei der Behandlung von Verbrennungsfolgen. Piercings oder Tätowierungen bei Minderjährigen sollen auch nach einem Verbot von Schönheits-OPs erlaubt bleiben. Beide Parteien wollen zudem alle Patienten im Bereich der Schönheits-Chirurgie besser vor einer unqualifizierten Behandlung bewahren. Dazu soll der Begriff der kosmetischen Chirurgie und die dafür notwendige fachärztliche Ausbildung genau definiert und die Berufsbezeichnung geschützt werden. Bisher kann in Deutschland jeder zugelassene Arzt Schönheits-Operationen auch ohne eine entsprechende Weiterbildung anbieten. Union und SPD hatten bereits Ende 2007 während der letzten großen Koalition einen Vorstoß unternommen, um Teenager vor den Gefahren von Schönheits-Operationen zu schützen. Am Ende kam es jedoch unter anderem aus Zeitgründen nicht mehr zu einer Gesetzesinitiative. Einen weiteren Versuch startete die Union im vergangenen Jahr während der Regierungszeit mit der FDP. Die Liberalen stoppten die Pläne jedoch.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-26148/schoenheits-ops-bei-jugendlichen-sollen-verboden-werden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619